Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schlank geformter Dreiknöpfer aus kleingemustertem «Autralca»-Kammgarn. Korrekt im Stil und doch herrlich bequem zu tragen — genau der richtige Anzug für vitale, dynamisch denkende Männer. In modischen beige-braun Tönen.

YES SIR
RITEX

Bezugsquellennachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung Zofingen

Die Preisreform in Ungarn

Bei den bevorstehenden ungarischen Wirtschaftsreformen, welche Gewinn und Rentabilität zu ökonomischen Hauptkennziffern erheben, wird auch eine Anpassung des Preissystems erfolgen. Dabei geht es laut den veröffentlichten Parteirichtlinien nicht um die Aufgabe der zentralen Preisregelung, sondern um eine Neufassung und Lockerung der diesbezüglichen Bestimmungen. Das Unternehmen ist also nicht so sehr prinzipiell umwälzend als vielmehr wegen der erforderlichen Detailarbeit in seinem Ausmass ungeheuer.

Die zentralgeleitete Wirtschaft kommunistischer Prägung kennt zentral festgelegte Preise für alle Güter, Waren und Dienstleistungen. Das System war nach 1948 auch in Ungarn auf Grund des sowjetischen Vorbilds eingeführt worden. Im Verlaufe der letzten fünfzehn Jahre zeigte es allerdings seine Schwerfälligkeit, die einer modernen, industrialisierten Volkswirtschaft zunehmend im Wege stand. Nun liegt der Wunsch nach einer Abänderung durchaus im Zuge der allgemeinen Reformbestrebungen sowohl Ungarns als auch anderer kommunistischer Staaten, erweist sich aber in seiner Verwirklichung als ungemein komplizierte Prozedur. Davon gibt man sich am besten Rechenschaft, wenn man weiss, dass es in Ungarn für mehr als eine Million verschiedener Produkte amtlich festgelegte Preise gibt, deren Listen im Budapester Preisamt eine ganze Bibliothek füllen. Wenn nun die einzelnen Preisdispositionen umgearbeitet und aufeinander abgestimmt werden sollen, bedeutet das eine Arbeit von mehreren Jahren und erfordert ein ganzes Heer von Mitarbeitern. Allein aus diesem Grund kann die Preisreform laut Plan nicht vor 1968 abgeschlossen werden.

Die Richtlinien sehen vor allem eine Herabsetzung der staatlichen Fixpreise vor. Für die künftige Preisbestimmung sind folgende Leitsätze aufgestellt worden:

— staatlich festgelegte Fixpreise sollen nur bei Rohstoffen, Hauptnahrungsmitteln und gewissen Massenbedarfsartikeln bestehen;

— für die überweigende Mehrzahl der anderen Waren werden nur obere Preislimiten oder Richtpreise angesetzt;

— im Geschäftsverkehr zwischen nicht mehr als zwei Betrieben kann ihnen die Aushandlung der Preise überlassen werden.

Die neuen Bestrebungen setzten schon beim Erzeugerpreis ein, der realistischer wird und auch die bisher wenig berücksichtigten Elemente der tatsächlichen Selbstkosten zum Ausdruck bringt. Ferner sollen die Preise dem effektiven Warenwert angepasst werden. Gegenwärtig produziert ein Teil der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe auf unrentable Weise und ist somit auf staatliche Subventionen angewiesen. Schliesslich beabsichtigt man auch, die Differenz zwischen Binnen- und Exportpreisen möglichst zu nivellieren. Um die Industrie im Ausland konkurrenzfähig zu machen, werden ihre Produkte teilweise allerdings gewisse Preisstützungen erhalten.

Laut einer Erklärung des Preisamts-Präsidenten sind die Preise so anzusetzen, dass sie für jeden Produktionszweig wenigstens einen minimalen Gewinn abwerfen. Wird dieser zu hoch, kann der Ueberschuss abgeschöpft werden. Das neue Preissystem hat «Figyelö» (Budapest) im Merksatz zusammengefasst: «Die Einkünfte bestimmt der Staat, die Preise aber der Markt.»

Ideologe bleib bei deinen Büchern!

Führende jugoslawische Funktionäre legen der Partei dringend nahe, sich nur um ihre Parteipolitik zu kümmern und sich nicht in Regierungs- und Wirtschaftsfragen einzumischen.

Radio und Presse verbreiten in Jugoslawien Vorträge und Interviews, in denen der Partei unmissverständlich klargelegt wurde, dass es für sie an der Zeit wäre, sich auf die rein ideologischen Fragen zu beschränken — und weiter nichts.

Kürzlich führte Politbüro-Mitglied Mijalko Todorovic in einem Interview mit der Belgrader Tageszeitung «Politika» aus, dass die Hauptaufgabe der kommenden Wahlen in Jugoslawien darin bestehe, «sämtliche Parteiorgane von der Tätigkeit im Staatsapparat auszuschliessen».

Er sagte ferner, die Partei solle «nur eine führende Rolle auf ideologischem Gebiet spielen» und kritisierte die Tatsache, dass sie «sich bisher nicht vollkommen von den Staatsangelegenheiten, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, habe loslösen können». Auch übertrug Radio Belgrad eine Ansprache des Sekretärs des Zentralkomitees, Veljko Vlahovic, in welcher er sich scharf gegen diejenigen Funktionäre wandte, die sich immer wieder in Diskussionen über Produktion und technische Dinge einmischten.

«Kommunisten müssen vor allem auf ideologischem und politischem Gebiet aktiv sein», meinte er. «Fachliche Probleme sollten den Experten überlassen bleiben ... und Parteifunktionäre sollten als Experten auftreten».

Vlahovic kritisierte fernerhin alle diejenigen, die «erwarten, dass alle Probleme von höchster Stelle gelöst werden». Diese Ansicht sei «ein Ueberbleibsel aus der Vergangenheit», meinte er.

Todorovic, der gleichzeitig auch Vizepräsident der jugoslawischen Nationalversammlung ist, führte vier Hauptpunkte auf, die von der Partei zu erfüllen wären, wenn sie sich weiterhin behaupten wolle:

1. Parteikomitees dürfen sich nicht mehr in die Arbeit der Selbstverwaltungs-Gremien und anderer Dienststellen einmischen. «Bis zu einem gewissen Grad verhalten wir uns wie berufsmässige Experten, obgleich wir ... keine Experten sind». Folglich «sollten wir einige der von uns jetzt ausgeübten Tätigkeiten aufgeben».

2. Das jugoslawische Parlament soll nicht mehr unter dem Einfluss der Partei stehen. «Der Nationalversammlung, zum Beispiel, sollte es ermöglicht werden, vollkommen unabhängig zu handeln».

3. Die Partei sollte ihren Mitgliedern keine Vorschriften mehr machen, wie sie sich auf ihren Arbeitsplätzen in Fabriken oder Büros zu verhalten hätten. Parteimitgliedern, die ausserdem noch Betriebsratsmitglieder oder Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften sind, sollte die Möglichkeit gegeben werden, «als Mitglieder dieser Gremien zu arbeiten, anstatt sich nur mit den (Partei)Komitees identifizieren zu müssen».

4. Die Partei müsse sich mehr um ideologische Fragen kümmern und dürfe sich nicht als «berufsmässiger Politiker» betrachten. Dies würde eine Verminderung des Einflusses der Parteisekretäre und Parteiausschüsse bedeuten, erklärte er.

Wehrmoral im Kindergarten

Die Entwicklung des «sozialistischen Nationalbewusstseins» und die Ausbildung der «sozialistischen Wehrmoral» bezeichnete der Bezirkssekretär der NDP Robert Ladwig auf einer militärpolitischen Veranstaltung in Rostock als die wichtigsten Aufgaben für die «Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus». Die Erziehung zur Wehrmoral sei «eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, die schon im Kindergarten und in der ersten

denz clichés bern
Tscharnerstrasse 14
Telefon 031-45 11 51

Roth-Käse,
wenn Sie auf feine,
leichte
Ernährung achten!

Klasse der Schulen beginnt, sich über das ganze Leben erstreckt und allen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen gestellt ist».

Mehrere Lehrer aus dem Bezirk machten Angaben darüber, wie in den Schulen schon der Fahnenappell und der Turnunterricht zur vormilitärischen Ausbildung genutzt werden.

Der Chef der «Volksmarine», Vizeadmiral Wilhelm Ehm, der als Gast an der Veranstaltung teilnahm, erklärte auf eine entsprechende Anfrage: «Jeder Befehl der Nationalen Volksarmee ist bedingungslos durchzuführen. Niemand wird deswegen mit seinem Gewissen in Konflikt kommen. Jeder Befehl wird im Dienste unserer Sache gegeben.» Der «Volksmarine»-Chef forderte die Lehrer auf, ausdauernd, mit Liebe und Leidenschaft die politische Erziehung der Jugend zu betreiben.

Diskriminierung der Frauenarbeit

Wie die Warschauer Wochenzeitung «Polityka» kürzlich mitteilte, werden die Frauen in den polnischen Industriebetrieben diskriminiert.

Nach den Ermittlungen des Wochenblattes liegen die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte um durchschnittlich 34 Prozent unter denjenigen der Männer. Im Gesundheitswesen beispielsweise, in dem besonders viele Frauen mit abgeschlossener Mittel- und/oder Hochschulbildung beschäftigt sind, verdienen laut «Polityka» sieben Zehntel der weiblichen Angestellten weniger als 1500 Zloty im Monat, wogegen die Gehälter der männlichen Angestellten dort zu 70 Prozent über diesem Betrag liegen. Während im Jahre 1962 21,2 Prozent der geistig arbeitenden Männer («Kulturschaffende») monatlich mehr als 3000 Zloty verdienten, seien es bei den Frauen nur 2,2 Prozent gewesen, ungeachtet der Tatsache, dass der Anteil der Frauen an den geistigen Berufen etwa ebenso gross (in einigen Fällen grösser) ist als derjenige der Männer. Eine grosse Ungerechtigkeit gegenüber den Frauen und eine Verletzung des in der Verfassung verankerten Gleichheitsprinzips entstehe auch daraus, dass bei gleicher Qualifikation die Männer in die oberste (jedenfalls eine höhere) und die Frauen in die unterste (jedenfalls eine untere) Lohn- und Gehaltskategorie eingestuft würden.

Rentabilität und Arbeitslosigkeit

In der Tschechoslowakei müssen unrentable Betriebe entgegen der Absicht der neuen Wirtschaftspolitik weiterarbeiten, um eine drohende Arbeitslosigkeit zu verhüten.

Die Anfang 1966 in Kraft gesetzte Wirtschaftsreform (neues Leitungs- und Planungssystem) sieht unter anderem vor, alle unrentablen Betriebe zu schliessen. Das Vorhaben ist jetzt allerdings angesichts der Besorgnis unter der Arbeiterschaft zurückgesteckt worden. Am 5. Mai hatte sich die Prager Gewerkschaftskonferenz veranlasst gesehen, diese Frage aufzugreifen und die Verschiebung des Planes vorzuschlagen, weil sonst «Dutzende, Hunderte, ja Tausende der sozialen Unsicherheit ausgeliefert» würden. Aus diesem Grunde sollen vorläufig nur 20 Prozent der unrentablen Betriebe geschlossen werden. Der Rest wird bis auf weiteres mit staatlichen Zuschüssen weiterarbeiten. Laut Radio Prag wurde an der Prager Gewerkschaftskonferenz darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Betriebsschliessungen «in vielen Gebieten des Landes zu einer rapiden Senkung des Lebensstandards führen würde», vor allem in Hinsicht darauf, dass rund ein Zehntel aller tschchoslowakischen Betriebe als unrentabel zu betrachten seien.

Das grösste Problem stellt die Wiedereingliederung der entlassenen Arbeitskräfte dar. Laut Verfassung steht jedem Bürger das Recht auf einen Arbeitsplatz zu, doch stehen zurzeit nicht genügend Stellen zur Verfügung, um alle frei werdenden Angestellten aufzunehmen. Als Zwischenlösung schlug die Gewerkschaftsführung vor, allen Arbeitern, denen es nach einer gewissen Zeit «trotz allen Bemühungen» nicht gelungen sei, einen Arbeitsplatz zu finden, einen «sozialen Ausgleich» zu zahlen.

Der Grund, weshalb es keine Arbeitslosenversicherung oder eine andere organisierte Fürsorge dieser Art gibt, ist auf ein ideologisches Dilemma zurückzuführen. Denn laut marxistisch-leninistischer Theorie kann es im sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Wirtschaftssystem keine Arbeitslosigkeit geben, da das Auftreten dieses Phänomens ausschliesslich vom kapitalistischen System abgeleitet wird. Es würde also der geltenden Auffassung widersprechen, Vorsorge für einen Fall zu treffen, der unmöglich eintreten kann. Nun scheinen sich allerdings die tschechoslowakischen Gewerkschaften über diesen Lehrsatz hinwegzusetzen, wenn sie eine Arbeitslosenunterstützung fordern, wenn auch unter dem Namen Sozialausgleich. Ob hier der erste Schritt zu einer Institutionalisierung solcher Beiträge erfolgt ist, lässt sich noch nicht sagen. Nebst den Benennungsfragen, die mehr von theoretischem Interesse sind, müsste noch abgeklärt werden, aus welchen Quellen diese allfälligen Unterstützungen bezahlt werden sollen.

In Kürze

In Sofia wurden an einer Uhrenausstellung alle für den Export vorgesehenen sowjetischen Modelle gezeigt. In diesem Zusammenhang erwähnte die bulgarische Presse vor allem die Marke «Polet», die als dünnste Uhr der Welt bezeichnet wird (ihre grösste Dicke beträgt 1,8 mm) und betonte, dass die UdSSR mit einer Jahresproduktion von 30,6 Millionen Uhren nach der Schweiz der zweitgrösste Uhrenproduzent der Welt ist. Die sowjetische Aussenhandelsstatistik weist für 1963 einen Export von 5,6 Millionen und für 1964 von 5,2 Millionen Uhren aus, doch ist aus diesem leichten Rückgang keine generelle rückläufige Tendenz abzuleiten.

*

Ist «Che» Guevara in Peru? Dort wurden zehn Anhänger der kommunistisch orientierten Terrororganisation MLR verhaftet. Bereits im April wurde ein Hauptdrahtzieher festgenommen. Dieser Ricardo Gadea gilt als «Finanzmann» der Organisation. Er ist ein Schwager des ehemaligen kubanischen Revolutionärs Ernesto Guevara, der sich irgendwo in Lateinamerika aufhalten soll, um Terrororganisationen zu bilden. Nach Berichten eines italienischen Korrespondenten soll sich Guevara in den Anden aufhalten und von dort die Terroreinsätze in Venezuela, Bolivien, Kolumbien und Peru leiten.

*

Nach einem Bericht der in Djakarta erscheinenden Zeitung «Fadjar» hat der ehemalige indonesische Aussenminister Subandrio, der sich in Untersuchungshaft befindet, einen Selbstmordversuch unternommen. Subandrio wird beschuldigt, aktiv am Linksputsch beteiligt gewesen zu sein. Nach dem Selbstmordversuch wird Subandrio von besonders ausgesuchten Offizieren scharf bewacht.

*

Die Kubaner haben der jugoslawischen Regierung vorgeworfen, sie sei im Falle Vietnam ein Komplize der Imperialisten. Die Zeitung «Granma» begründet diesen Standpunkt damit, dass Belgrad für Verhandlungen eintrete, ohne vorherigen Abzug der Amerikaner. Die Zeitung berichtete weiter, dass Jugoslawien auf ausdrücklichen Wunsch Nordvietnams nicht zur Solidaritätskonferenz der drei Kontinente eingeladen worden sei. Dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Stambolic wird vorgeworfen, dass er versuche, für seine Ausverkaufsthese im Falle Vietnam in asiatischen Ländern zu werben.

*

In Ostdeutschland stehen Musterungskollektive zur Diskussion. Mit der gleichzeitig im Namen seiner Mitarbeiter abgegebenen Verpflichtung zur Mitarbeit in einer Musterungskommission will Dr. W. Möbius, Chefarzt der Betriebspoliklinik Oberspree, «daran mitwirken, die Verteidigungskraft der Nationalen Volksarmee zu stärken». Ferner will er dafür werben, dass sich auch in anderen medizinischen Stellen feste Musterungskollektive auf freiwilliger Basis bilden.

OVOMALTINE
um mehr zu leisten!
warm kalt frappé